

Zu diesem Heft

Sibylle *Reinhardt* – das pädagogische und didaktische Gewissen unter den Herausgebern dieser Zeitschrift – wurde 60 Jahre. Ihr ist der erste Beitrag dieses Heftes 3/2001 gewidmet. Walter *Gagel* beschreibt mit großer Klarheit und beeindruckendem Durchblick zentrale Orientierungen in der Didaktik des politischen Unterrichts von Frau Reinhardt: Wissenschaftspropädeutik und reflexive Wertebildung

Die Zeitschrift „GEGENWARTSKUNDE“ repräsentiert die zentralen Fachdisziplinen der politischen Bildungsarbeit. Ohne die ständigen Anmahnungen didaktischer Relevanz im Prinzip, nicht im Detail, würden die Politikwissenschaftler und Soziologen unter den Herausgebern ihr Hauptziel verfehlen. Deswegen ist Sibylle *Reinhardt* so wichtig für die Zeitschrift. Sie ist als frühere Studienrätin, Mitglied der NRW-Richtlinienkommission und Lehramtsprüferin dauerhaft der Schule verbunden. Sie ist aber auch „Fach“-wissenschaftlerin. Bei Jürgen Habermas promoviert, habilitiert und Universitätsprofessorin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg spiegelt ihr wissenschaftlicher Werdegang eine imponierende Lebensleistung wider. Wir, die Kollegen im Herausgebergremium dieser Zeitschrift und der Verleger, gratulieren, danken und wünschen uns noch viele Jahre fruchtbarer Zusammenarbeit.

*

„Ökonomische Bildung in der Schule“ ist eine Thematik, die nach wie vor Tagungen und Konferenzen beschäftigt. Diese Zeitschrift hat im Jahrgang 2000 vier Grundsatzaufsätze dazu veröffentlicht (von *Rosen* und *Hartwich* in Heft 1; *Kruber* in Heft 3 und *Reinhardt* in Heft 4/2000). Mittlerweile scheint die Erkenntnis Allgemeingut geworden zu sein, dass es vor allem um eine „bessere“, d.h. modernere ökonomische Bildung geht. Dabei wurde an dieser Stelle kein Zweifel daran gelassen, dass eine solche im Rahmen der bestehenden Fächer schulischer politischer Bildung verwirklicht werden müsse.

Aus diesem Grunde beginnt mit diesem Heft 3/2001 der Versuch einer inhaltlichen Abklärung dessen, was an neuem „Wirtschaftswissen“ in der Schule vermittelt werden sollte. Um dieses Ziel sachgerecht verfolgen zu können, kooperieren die Herausgeber mit dem Institut für Organisation der Universität München (Lehrstuhl Prof. Dr. Dr. h.c. Arnold *Picot*). Frau Dr. Rahild *Neuburger* wird zusammen mit Herausgeber Hans-Hermann *Hartwich* beginnend mit Heft 1 des Jahrgangs 2002 eine vorerst achteilige Serie zur „New Economy“ verfassen. In diesem Heft beginnt Frau *Neuburger* mit einem Einführungsaufsatz: „New economy + old economy = one economy“, dem sich in Heft 4/2001 ein zweiter zur Rolle des Staates unter den Bedingungen der New Economy anschließt. Frau *Neuburger* verdeutlicht, dass mit „New Economy“ nicht eine neue Wirtschaftsordnung propagiert werden soll. Vielmehr geht es primär um die informations- und kommunikationstechnischen Entwicklungen und ihre Folgen. Insbesondere die „Vernetzungen“ in Produktion und Vertrieb, im Kapitalverkehr und in global agierenden Unternehmen haben das private,

unternehmerische und öffentliche Leben nachhaltig umgestaltet und so manche anerkannten und bewährten Spielregeln und Gesetzmäßigkeiten modifiziert oder aufgehoben. „Dematerialisierung“ und Digitalisierung haben aber mitnichten die Bedeutung materieller Produktion und Dienstleistungen („old economy“) obsolet werden lassen.

Im „Brennpunkt“ befaßt sich Roland *Sturm* angesichts der Vorgänge in Genua pointiert mit den gesellschaftlichen Herausforderungen durch die Globalisierung. Er fordert eine „ehrliche“ politische Auseinandersetzung der Parteien darüber, was im Zeichen der Globalisierung politisch heute nicht mehr leistbar ist und was unbedingt und unverzichtbar von staatlicher Seite geleistet werden müsse.

Besonders der deutsche Arbeitsmarkt zieht zunehmend kritische Bewertungen wegen seiner Inflexibilität auf sich. Martin *Heidenreich* stellt in der „Kontroverse“ das zukunftsweisende Modell „5000 mal 5000“ der Volkswagen AG vor, das vorwiegend Arbeitslose über spezifische Qualifizierungen und integrierte Geschäftsprozesse in eine für das Unternehmen profitable neue Form der produktorientierten (Minivan A-MPV) Produktion führen sollte. Wegen der Abweichungen vom Tarifvertrag hatte die IG Metall das Modell zunächst verhindert, dann aber doch unter politischem Druck und nach Modifizierungen zugestimmt. Sind nun die industriellen Beziehungen „zukunftsfähig“?

Die Frage nach der Zukunft sucht auch in einer groß dimensionierten „Analyse“: Bevölkerungsentwicklung und Gesellschaftsveränderung in den kommenden Jahrzehnten“ Stefan Hradil zu beantworten. Der Beitrag liefert hervorragendes empirisches Material über die Bevölkerungsentwicklung und untersucht dann anhand von weiter ausgreifenden Prognosen die Frage: „Sterben die Deutschen aus“?. Natürlich hängt hiermit auch die Zuwanderung zusammen, ein brennendes Thema der Gegenwart und Teil des zu erwartenden Umbaus der Gesellschaft. Dazu gehören desweiteren etwa die flexiblere und selbstorganisierte Bildung und Weiterbildung, Erwerbsarbeit und soziale Vorsorge. Auch dem heiklen Thema: „Gewinner und Verlierer“ der Gesellschaftsveränderung weicht der Autor nicht aus.

In schon bewährter Weise verfolgen die fachwissenschaftlichen Beiträge der Zeitschrift den europäischen Einigungsprozess. Diesmal beleuchtet Johannes Varwick fundiert, präzise und problemorientiert das Experiment der EU-Erweiterung. Interessenten sollten sich der dichten Abfolge unserer analysierenden Begleitung der EU-Prozesse bedienen.

„Populismus“ wird gerne Politikern vorgeworfen, deren Äußerungen in Meinungsumfragen und Medien erfolgreich aufgegriffen oder angenommen werden. Ob dieses wirklich immer mit „Primitivargumenten“ erreicht wird, scheint nicht so sicher. Im Aufsatz von Frank *Decker* jedenfalls wird der Begriff eher als Kampfbegriff und negativ besetzt gesehen. Seine Begriffsanalyse sieht den Populismus in Verbindung mit Radikalismus und Extremismus im rechten Spektrum der Parteienlandschaft. Themen sind Rechtspopulismus als Ideologie, Gründe für die Entstehung populistischer Bewegungen, Rechtspopulismus und Demokratie.

Als „Aktuelle Information“ klärt Heiner *Adamski* anlässlich des Milosovic-Prozesses vor dem sogenannten „Kriegsverbrechertribunal“ in Den Haag, auf welchen Rechtsgrundlagen dieses Gericht eigentlich beruht, um was für ein Gericht es sich hier handelt. Diese Frage mag ebenso wie das von *Adamski* bearbeitete Thema in „Rechtsprechung dokumentiert“, nämlich, ob ein „Gerichtsfernsehen“ die Rechtskultur gefährdet, nicht nur für den interessierten Leser, sondern besonders auch für den Oberstufen-Unterricht interessant sein. Aus der „didaktischen Praxis“ stammt diesmal die Vorstellung der „Szenario-Technik“ in der interdisziplinär orientierten Lehrerbildung von Thomas *Retzmann*.

Die Herausgeber